Der Aarburger Einwohnerrat 1972-1989

Autor(en): **Hug, Heinz**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Aarburger Neujahrsblatt**

Band (Jahr): **- (2022)**

PDF erstellt am: **27.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-1002100

Nutzungsbedingungen

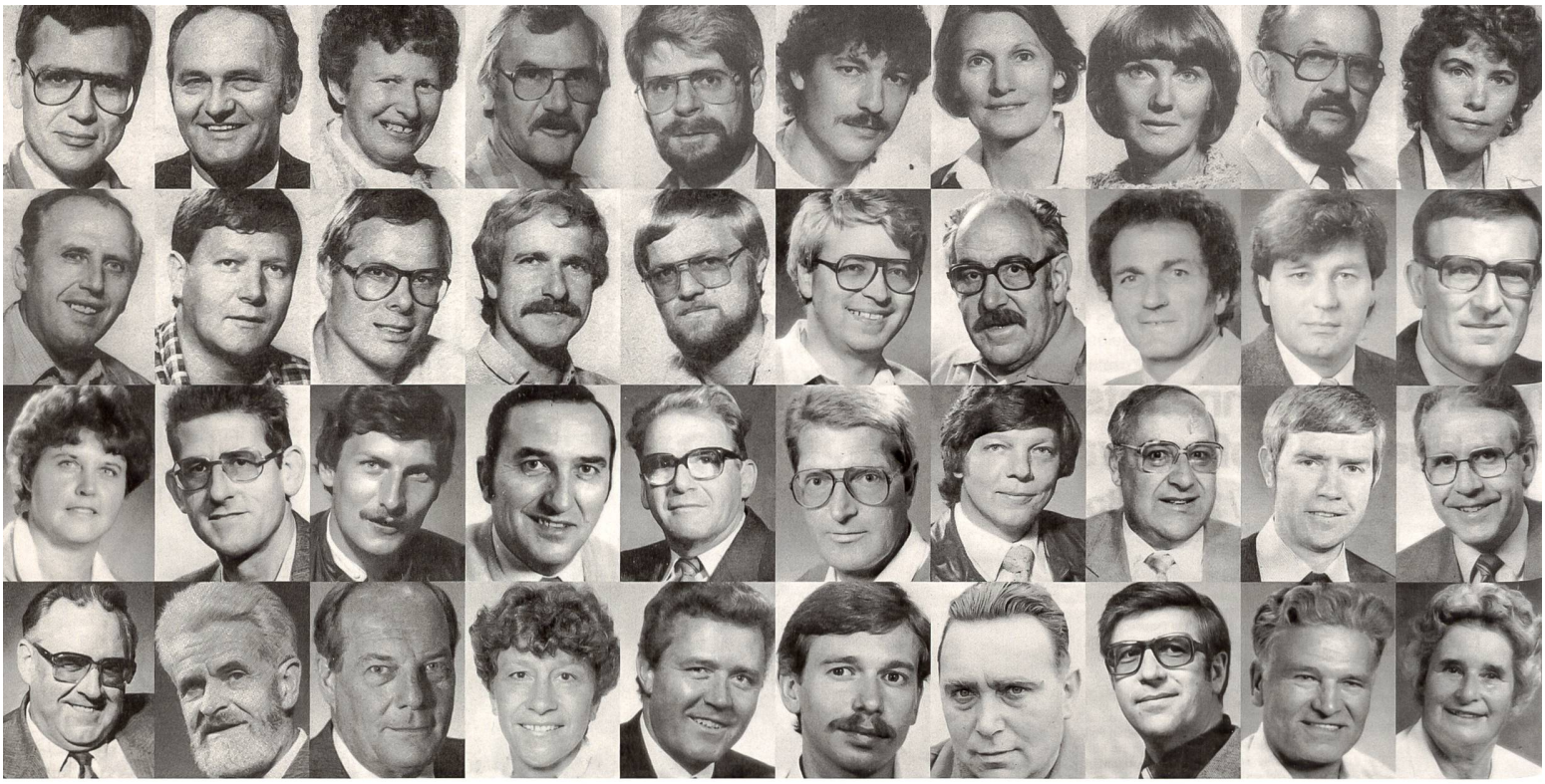
Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch



Der Aarburger Einwohnerrat 1972–1989

Im Kanton Aargau können die Stimmberechtigten der Gemeinden entscheiden, ob sie als Legislative die Gemeindeversammlung oder stattdessen einen Einwohnerrat haben möchten. In Aarburg werden heute jährlich mindestens zwei Gemeindeversammlungen durchgeführt. In der Zeit von 1972 bis 1989 jedoch amtete im Aarestädtchen ein Einwohnerrat.

Heinz Hug Archiv ZT Heinz Hug

Die Einführung von Parlamenten in den Kommunen wurde erst 1963 mit dem «Gesetz über die ausserordentliche Gemeindeorganisation» möglich. Zuvor gab es auch in den grossen Gemeinden ausschliesslich Gemeindeversammlungen. Erschwerend war der Umstand, dass damals die Hälfte der Stimmberechtigten anwesend sein musste, damit die Gemeindeversammlung überhaupt beschlussfähig war. Im Jahre 1966 führten Brugg, Neuenhof, Wettingen, Wohlen und Zofingen das Gemeindeparlament – den Einwohnerrat – ein, bis 1974 folgten zehn weitere Gemeinden: Aarau und Buchs 1970, Baden und Lenzburg 1972, Obersiggenthal, Windisch, Oftringen, Spreitenbach und Suhr 1974. Im Jahre 1971 votierten die Stimmberechtigten Aarburgs mit 472 Ja zu 382 Nein ebenfalls für die Einführung des Einwohnerrates. Die neue Gemeindeordnung wurde an der Gemeindeversammlung vom 12. Dezember 1971 verabschiedet und per 1. Juli 1972 in Kraft gesetzt.

Das heute gültige Gesetz zum Einwohnerrat

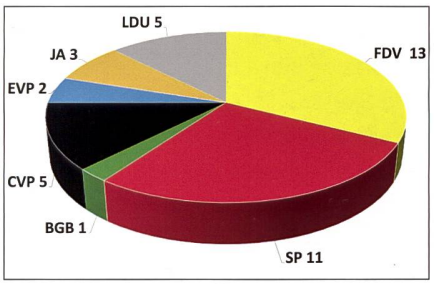
Rechtliche Grundlage für die Gemeindeparlamente ist das «Gesetz über die Einwohnergemeinden» vom 19. Dezember 1978. Ein Einwohnerrat muss demnach mindestens 30 und darf höchstens 80 Mitglieder umfassen. In der Praxis hat er eine Grösse von 40 oder 50 Mitgliedern. Die Wahl des Einwohnerrates erfolgt für eine Amtsdauer von vier Jahren nach dem vom Kanton festgelegten Verhältniswahlverfahren. Wählbar sind die in der Gemeinde wohnhaften Stimmberechtigten mit Ausnahme des Gemeinderates und der Gemeindeschreiberin bzw. des Gemeindeschreibers. Vorbehalten bleiben kommunale in der Gemeindeordnung vorgesehene Unvereinbarkeiten. Ein Partei- bzw. Listenwechsel während der Amtsperiode ist nicht erlaubt. Die Verhandlungen des Einwohnerrates sind öffentlich. Aus wichtigen Gründen kann der Ausschluss der Öffentlichkeit beschlossen werden. Die Presse hat in jedem Fall Zutritt.

Die ersten Wahlen in Aarburg 1972

Nachdem im April 1971 die Einführung des Einwohnerrates an der Urne beschlossen worden war, fanden die ersten Wahlen am 4. Juni 1972 statt. Zu wählen waren 40 Mitglieder, diese Anzahl hatte der Gemeinderat in der Gemeindeordnung festgelegt. 92 Kandidatinnen und Kandidaten stellten sich der Wahl. Der Wahlkampf wurde, wie im Zofinger Tagblatt zu lesen war, mit mässigem finanziellem Aufwand geführt. Stärkste Fraktion wurde die Freisinnig-demokratische Vereinigung mit 13 Sitzen. Der Zeit entsprechend – die Schweiz hatte das Frauenstimm- und Wahlrecht erst im Jahr zuvor eingeführt – wurden nur vier Frauen gewählt: Dora Hauenstein, Margrith Ruesch, Sylvia Ringier (alle FDV, heute FDP) und Ruth Christen (EVP). Aber Aarburg war neben Baden und Lenzburg immerhin die dritte Gemeinde im Kanton,

◀ Diese 40 Damen und Herren wurden 1985 in den letzten Aarburger Einwohnerrat gewählt.

die überhaupt Frauen ins Parlament wählte. Vier Frauen reichte es zumindest auf den ersten Ersatzplatz. Der Wähleranteil der damaligen BGB (heute SVP) war noch nicht so gross wie heute, sie erreichte gerade mal einen Sitz. Überraschend konnte das Junge Aarburg (JA) auf Anhieb drei Sitze gewinnen. Das JA war eine Vereinigung vorwiegend junger Stimmberechtigter aus allen beruflichen Schichten und wollte die Gleichgültigkeit der Jungen gegenüber den öffentlichen Aufgaben bekämpfen. In Aarburg hatte noch keine traditionelle Partei versucht, ihre Ideen der Jugend schmackhaft zu machen. Deshalb nahm sie das Zepter selber in die Hand – mit grossem Erfolg. Der Landesring der Unabhängigen (LDU) besass, auch dank der Führungsperson Richard Schneider, der am meisten Einzelstimmen erhielt, eine grosse Gefolgschaft und wurde drittstärkste Kraft. Die Stimmbeteiligung betrug knapp über 50%.



Harziger Start

Am 6. Juli 1972 trafen sich 35 Männer und 4 Frauen – ein Mitglied war entschuldigt – in der Alten Turnhalle an der Oltnerstrasse zur ersten Sitzung. Eröffnet wurde die Sitzung mit einer Rede von Gemeindeammann Hans Gugelmann. Er sagte unter anderem zu den Neugewählten: «Das Gemeindeparlament, als Ort der Begegnung und Aussprache, der politischen Diskussion und Auseinandersetzung, dann aber auch der sachlichen Zusammenarbeit, hat eine staatspolitisch eminent wichtige Aufgabe zu erfüllen. Ihr Amt ist verantwortungsvoll und verpflichtend.»

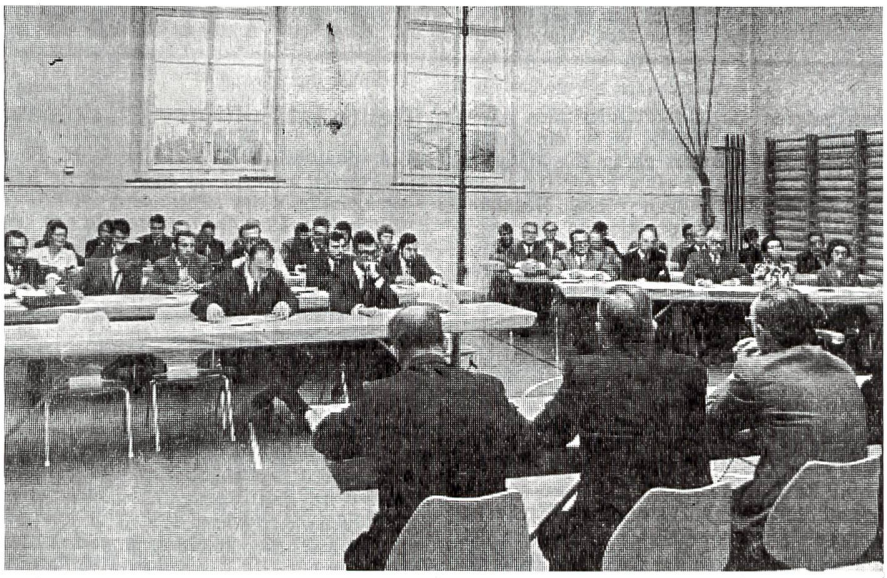
Als erstes Geschäft wurden die anwesenden Mitglieder mit folgendem Gelübde in Pflicht genommen: «Ich gelobe, als Mitglied des Einwohnerrates, mit meiner Arbeit die Wohlfahrt der Gemeinde zu fördern und der Verfassung und den Gesetzen gemäss nach bestem Wissen und Gewissen zu handeln.»

Zum ersten Präsidenten wählte der Rat Dr. Manfred Frey (FDV). Er erhielt als Geschenk der Frauen im Rat eine Präsidentenglocke. Nach seiner Antrittsrede und der Wahl der Kommissionen und den Stimmenzählenden ging es mit der ersten grossen Diskussion los: Wo soll der Einwohnerrat tagen? Von der sozialdemokratischen Fraktion wurde der «Bären» vorgeschlagen. Dieser gehörte aber zu diesem Zeitpunkt noch der reformierten Kirchgemeinde. Richard Schneider sagte, dass der «Bären» zum Verkauf stehe und vorläufig nicht als Tagungsort benützt werden könne. Nach langer Diskussion einigte man sich darauf, «der Gemeinderat sei zu beauftragen mit der reformierten Kirchenpflege abzuklären, ob der Bärensaal benutzbar sei, aber auch zu prüfen, ob andere Möglichkeiten vorhanden seien. Vorläufig wird als Tagungslokal die Alte Turnhalle bestimmt».

An seiner ersten Behandlung eines Budgets, jenes betraf das Jahr 1973, stimmte der Einwohnerrat dem Antrag des Gemeinderates, den Steuerfuss von 130% auf 145% zu erhöhen, zu. Die Stimmberechtigten waren mit diesem «Weihnachtsgeschenk» aber nicht einverstanden und schmetterten das Budget bei einer Stimmbeteiligung von fast 50% mit 1183 Nein zu 208 Ja wuchtig ab. Der Einwohnerrat wollte daraufhin rund 132'000 Franken einsparen, blieb aber bei einem Steuerfuss von 145%. Am 18. März 1973 gab es am Volk wiederum kein Vorbeikommen, die 1152 Nein zu 275 Ja waren eine deutliche Absage. Der Gemein-

Einige Fakten zum ersten Einwohnerrat (Auszug aus dem Protokoll der ersten Sitzung vom 6. Juli 1972):

- Das älteste Mitglied ist im 68. Lebensjahr, das jüngste im 22. Lebensjahr.
- Das Durchschnittsalter beträgt 42 Jahre.
- 17 Mitglieder stammen aus dem nördlichen Teil von Aarburg, 23 aus dem südlichen.
- 30 Mitglieder gehören der evangelisch-reformierten Kirche an, 9 Mitglieder der römisch-katholischen Kirche und 1 Mitglied einer anderen Glaubensgemeinschaft.
- 4 Mitglieder sind selbstständig erwerbend, 3 Mitglieder üben einen freien Beruf aus, 31 Mitglieder sind unselbstständig erwerbend, wovon 12 in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehen. 2 Mitglieder üben den universellen Beruf einer Hausfrau aus.
- Dem Rat gehören keine Ortsbürger an.



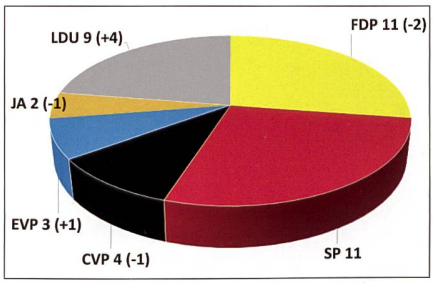
39 der 40 Mitglieder trafen sich am 6. Juli 1972 zur ersten Sitzung in der Alten Turnhalle.

derat musste in der Folge während eines halben Jahres ohne Budget agieren. Im September 1973 legte der Regierungsrat schliesslich den Steuerfuss auf 145% fest. Beim zweiten Versuch, einen vollamtlichen Gemeindeammann einzuführen, stellte sich der Einwohnerrat im Juni 1973 mit 18 zu 16 Stimmen hinter den Gemeinderat. Gegen diesen Beschluss wurde das Referendum ergriffen und das Hauptamt am 19. August 1973 vom Volk wuchtig abgeschmettert. Auch die Änderung der Gemeindeordnung – Erhöhung der Mitglieder des Gemeinderates von fünf auf sieben – fand im September 1973 keine Zustimmung des Souveräns. Das Zofinger Tagblatt schrieb in einem Kommentar: «Der Einwohnerrat existiert kaum ein Jahr, und wer seine Arbeit verfolgt, weiss, wie mühsam er sich oft an seine Aufgabe herantastet und wie oft seine in langen Beratungen gefällten Entschlüsse dem Volksentscheid unterstellt werden müssen. Das Referendumsrecht in Ehren, aber wer die Beschlüsse der Volksvertreter immer wieder in Frage zu stellen versucht, der … lässt es unter Umständen so weit kommen, dass der Einwohnerrat an sich überflüssig wird, weil er vom Stimmbürger immer wieder desavouiert wird. Indem die Ausübung der demokratischen Rechte ad absurdum geführt wird, ist Aarburg, das so viele dringende Probleme zu lösen hat, bestimmt nicht geholfen.»

Der erste Einwohnerratspräsident, Manfred Frey, erhielt Blumen aus zarter Hand.

Zweite Legislatur 1974–1977: Kontinuität

Die erste Amtsperiode dauerte nur anderthalb Jahre. Schon am 4. November 1973 fanden die ersten Neuwahlen statt. Die sechs Parteien – die SVP (ehemals BGB) trat nicht mehr an – portierten 87 Kandidatinnen und Kandidaten. Die Überraschung war der starke Vormarsch des Landesrings, welcher vier Sitze zulegen konnte und den beiden «Grossen» bedrohlich nahe rückte. Sonst blieben die Stärkenverhältnisse etwa gleich, es gab nur wenige Sitzverschiebungen. Die Sozialdemokraten lösten die Freisinnigen als stärkste Kraft mit fünf Stimmen Vorsprung ab. Im Rat waren weiterhin nur vier Frauen vertreten (3 FDP, 1 EVP), deren acht waren zur Wahl angetreten. Von den 30 Bisherigen wurden 29 wiedergewählt. Hans Niederer vom Jungen Aarburg verlor sein Mandat. Am meisten Einzelstimmen holte wiederum Richard Schneider, gefolgt von seinem Fraktions- und Lehrerkollegen Willy Begert. Die Wahlbeteiligung sank auf 47.3%.



Auch in der zweiten Legislaturperiode war das Volk mit Entscheiden des Einwohnerrates unzufrieden. 1974 lehnte es die vom Einwohnerrat beschlossene Reallohnerhöhung um 6% für das Gemeindepersonal mit 698 Nein zu 438 Ja ab. Im September 1975 standen erstmals Kehrichtgebühren zur Diskussion. Der Einwohnerrat beschloss entgegen dem Antrag des Gemeinderates, auf diese Gebühren weiterhin zu verzichten. Die Kosten dafür sollten wie bisher über die Steuern aufgebracht werden.

Für das Jahr 1976 durfte erstmals eine der kleinen Parteien den Vizepräsidenten des Einwohnerrates stellen. Gewählt wurde David Seifert (JA). Die CVP, welche den Vizepräsidenten auch gerne gestellt hätte, ging leer aus. Im September 1977 wurde eine Motion von Richard Schneider betreffend Erwerb des «Bärens» durch die Einwohnergemeinde nach zweistündiger Diskussion als erheblich erklärt und an den Gemeinderat überwiesen.

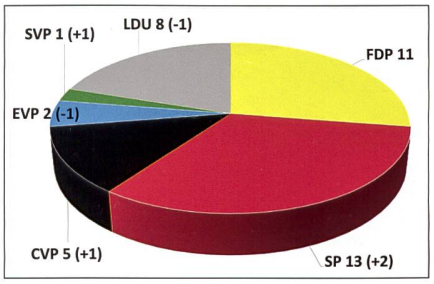
Dritte Legislatur 1978–1981: Kampfwahl ums Präsidium

Die Wahlen für die dritte Legislatur fanden am 13. November 1977 statt. Nur 8 Kandidatinnen und 72 Kandidaten stellten sich der Wahl. Die SP wurde klar stärkste Partei und holte zwei zusätzliche Sitze. Dies ist darauf zurückzuführen, dass das Junge Aarburg mangels Interessenten nicht mehr zur Wahl antrat und der Bisherige David Seifert auf der Liste der SP gewählt wurde. Bei den übrigen Parteien blieb es mehr oder weniger beim Status quo. Erstmals stellte die SP zwei Frauen im Rat, insgesamt wurden aber wiederum nur gerade vier Frauen gewählt. Die SVP kehrte mit einem Sitz wieder in den Einwohnerrat zurück. Fünf

Die folgenden Damen und Herren waren vom Anfang bis zum Ende im Einwohnerrat dabei:

Brühwiler Hermann (CVP)
Christen Ruth (EVP)
Kalberer Walter (CVP)
Wanitsch Eduard (FDP)

ehemalige Gemeinderäte setzten ihre politische Karriere im Einwohnerrat fort. 14 Gesichter waren neu – das Aarburger Gemeindeparlament hatte immer schon eine sehr hohe Mitgliederrotation.

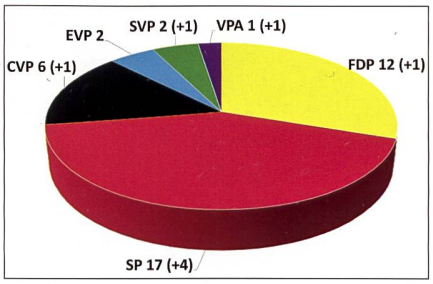


Bei der konstituierenden Sitzung kam es zu einer Kampfwahl um das Präsidium. Der bisherige Vizepräsident, der noch als Mitglied des JA zum Vize gewählt worden war, wechselte zur SP. Deshalb erhob die CVP als Kleinpartei mit Walter Kalberer turnusgemäss Anspruch auf das Präsidium. Dank der Allianz SP/LDU wurde aber David Seifert gewählt. «Was im Anschluss an diese Wahl folgte, war ein peinliches Schauspiel von Parteigezänk», stellte das Zofinger Tagblatt fest. Bei den Kommissionswahlen erreichten die Kandidaten der FDP das absolute Mehr nicht. Die Partei verzichtete als Konsequenz auf eine Mitwirkung in den Kommissionen. Das Zofinger Tagblatt schrieb in einem Kommentar: «Der Einwohnerrat als Ganzes muss sich den Vorwurf der Ungläubigkeit gefallen lassen.» Eine Woche später war der Hausfrieden wieder hergestellt und die Kommissionen konnten vervollständigt werden.

Auch in dieser Legislatur liess das Volk den Einwohnerrat bei einem wichtigen Entscheid ins Leere laufen. Der Rat beschloss am 1. April 1980 den Erwerb des «Bärens» durch die Einwohnergemeinde für 125'000 Franken. Es war eine harte Debatte: Die einen sprachen von einem Fass ohne Boden, die anderen von einem Zentrum des kulturellen und sozialen Lebens der Gemeinde. Bei einer Stimmbeteiligung von 39.2% wurde die Vorlage am 4. Mai 1980 an der Urne mit 637 Nein zu 518 Ja abgelehnt.

Legislatur 1982–1985:
Kein Tunnel unter der Festung

Vor den Wahlen lancierte der Landesring eine Initiative für die Abschaffung des Einwohnerrates. Weil die Initiative nicht zustande kam, rief die Partei via Flugblatt zum Wahlboykott auf und verzichtete auf Kandidaten. 42.8% Stimmbeteiligung (+2.5% gegenüber den letzten Wahlen) liessen darauf schliessen, dass die Aarburgerinnen und Aarburger mit ihrem Einwohnerrat doch nicht so schlecht gefahren waren.



Wegen der neu zu verteilenden acht Sitze des LDU gab es für die anderen Parteien keine Sitzverluste. Grösster Nutzniesser der Abwesenheit des Landesrings waren die Sozialdemokraten mit 4 Sitzgewinnen, sie kamen neu auf 17 Sitze. Die Zahl der Kandidierenden ging noch einmal zurück auf 73 – 26 Bisherige und 47 (!) Neue. Neu dabei war die «Vereinigung Pro Aarburg». Diese Gruppierung, gegründet von den Brüdern Rudolf (ex LDU) und Hans-Heinrich Bebi, hatte es sich zur Aufgabe gemacht, spezifische Aarburger Probleme anzugehen und sich für ein lebenswertes Städtli einzusetzen. Die Wahl in den Rat schaffte Andreas Brack, der 47 Stimmen mehr erhielt als Parteigründer Rudolf Bebi.

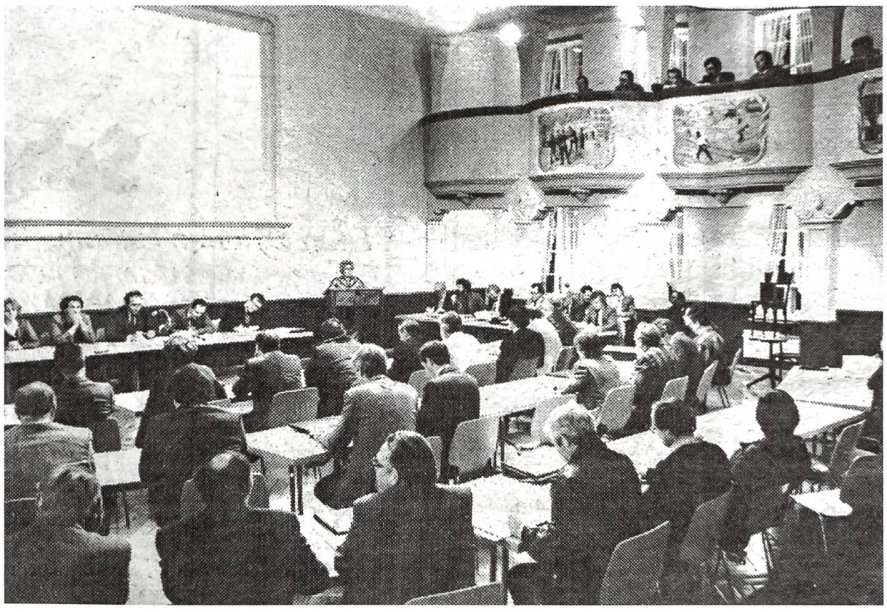
Die folgenden Herren waren zuerst im Gemeinderat, dann im Einwohnerrat:

Bucher René (FDP)
Halter Paul (SP)
Käser Ernst (SP)
Rudolf Fritz (FDP)
Rykart Fritz (FDP)
Wullschleger Peter (SVP)

Die folgenden Herren waren zuerst im Einwohnerrat, dann im Gemeinderat:

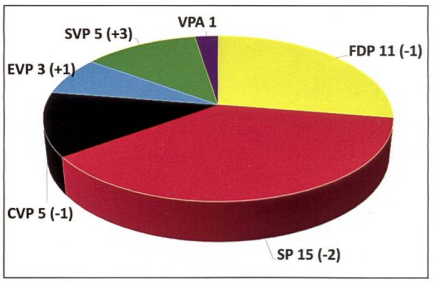
Ammann Claude (FDP)
Christen Bruno (SP)
Gentsch Alfred (FDP)
Kalberer Walter (CVP)
Mosimann Jürg (SP)
Schnyder Erich (SP)
Seifert David (SP)
Sutter Paul (FDP)
Vonwiller Kurt (FDP)
Walser Robert (SP)

Ausgesprochenes Pech hatte Urs Studer von der CVP. Er kam, wie der Letztgewählte auf der Liste, Ferdinand Negri, auf 411 Stimmen. Er musste aber, weil er im Alphabet und somit auf der Liste weiter hinten platziert war, über die Klinge springen. Fünf Frauen (SP 3, FDP und EVP je 1) nahmen Einsitz im Rat. Gegenüber den Wahlen von 1972 hat sich die



Ab 1984 fanden die Sitzungen im «Bären» anstatt in der Alten Turnhalle statt.

Präsident Peter Wullschleger läutete am 5. Dezember 1989 die letzte Sitzung des Aarburger Einwohnerrats ein.



Zahl der Frauen von vier auf fünf erhöht. Bereits nach wenigen Sitzungen erlitt der Einwohnerrat 1982 vom Volk zwei Abfuhren. Der am 30. März beschlossene Kredit von 245'000 Franken für die Weiterbearbeitung des Projekts Mehrzweckgebäude wurde an der Urne am 6. Juni mit 1133 Nein zu 386 Ja wuchtig abgelehnt. Am 7. September 1982 verabschiedete der Einwohnerrat das Projekt Festungsdurchstich mit einer deutlichen Mehrheit von 23 zu 11 Stimmen und bewilligte den auf die Gemeinde entfallenden Kostenanteil von 4.181 Mio. Franken mit 22 zu 8 Stimmen. Das Projekt sah einen Tunnel unter der Festung zur Bahnhofstrasse vor. Dass es das Projekt schwer haben dürfte, zeichnete sich kurz darauf in den Leserbriefen der Zeitungen ab: Das Komitee für eine Grossumfahrung meldete sich zu Wort. Es forderte, dass das Problem unter Einbezug der Regionalplanungen Wiggertal und Gösgen-Gäu und der Kantone Aargau und Solothurn grossräumig zu lösen sei, konkret mit einer Strasse durch den Ruttiger auf der linken Aareseite. Am 31. Oktober 1982 schmetterten die Stimmberechtigten den Tunnel unter der Festung ab. Bei einer Stimmbeteiligung von sagenhaften 61.8% lautete das Verdikt 1179 Nein zu 796 Ja.

Am 20. März 1984 tagte der Einwohnerrat erstmals im «Bären». Im Zofinger Tagblatt war in den Ratsblüten über diese erste Sitzung Folgendes zu lesen: «Man nehme eine erste Einwohnerratssitzung des Jahres, verlege sie in einen Gastwirtschaftsbetrieb, verfolge die Debatten in der offiziellen Funktion des Weibels, verlasse das Lokal nach Sitzungsende, entledige sich sämtlichen Fingerspitzengefühls und erscheine wieder eine Viertelstunde nach Beizenschluss, um einigen Ratsmitgliedern das Sitzungsgeld wieder abzuknöpfen. So geschrieben im Pflichtenheft der Stadtpolizei.»

Einmal mehr kippten die Stimmberechtigten beim Budget 1987 einen klaren Entscheid (eine Gegenstimme) des Einwohnerrates. Die zweite Fassung mit gleichbleibenden Steuerfuss wurde im Dezember 1986 angenommen.

Legislatur 1986–1989: Die Letzte

Bei den Wahlen vom 13. November 1985 ahnte wohl noch niemand, dass es sich um die letzten für einen Aarburger Einwohnerrat handeln dürfte. Bereits für diese Wahlen zeigte sich die Schwierigkeit, Kandidaten zu finden. Nur noch 72 Personen erklärten sich für eine Kandidatur bereit. Es gab Sitzverluste für die «Grossen» und Gewinne für die «Kleinen». Die SVP machte einen Sprung von zwei auf fünf Mandate. Stärkste Kraft, trotz zweier Sitzverluste, blieb die SP mit 15 Sitzen. Nur noch 34.3% der Wählerinnen und Wähler bemühten sich an die Urne.

Im Laufe der vergangenen Legislatur erhöhte sich der Frauenanteil auf sechs Sitze, jetzt wurden sieben Frauen gewählt (17.5%): Zu den Bisherigen kam noch eine Vertreterin der SVP. Beim ersten Einwohnerrat stellte die FDP noch drei weibliche Ratsmitglieder, jetzt war es nur noch eines. Der bisherige VPA-Vertreter Anton Muntwiler, der auf der Liste der Freisinngen kandidierte, fand die Gunst der Wähler nach seinem Parteiwechsel nicht, er wurde abgewählt. Das gleiche Schicksal widerfuhr Heinz Eng (FDP) und Ferdinand Negri (CVP). Ironie des Schicksals: Urs Studer (CVP), der in der vorherigen Legislatur nachrücken konnte, lag diesmal 48 Stimmen vor Negri. Der Rat hatte ein Durchschnittsalter von 46.2 Jahren (1972: 42 Jahre), 65% der Gewählten kamen aus dem Norden (1972: 42.5%).

Präsidenten des Einwohnerrats Aarburg

Der Einwohnerrat wählte auf die Dauer von 2 Jahren aus seiner Mitte den Präsidenten, den Vizepräsidenten und 2 Stimmenzähler, die zusammen mit dem Protokollführer das Büro bildeten.

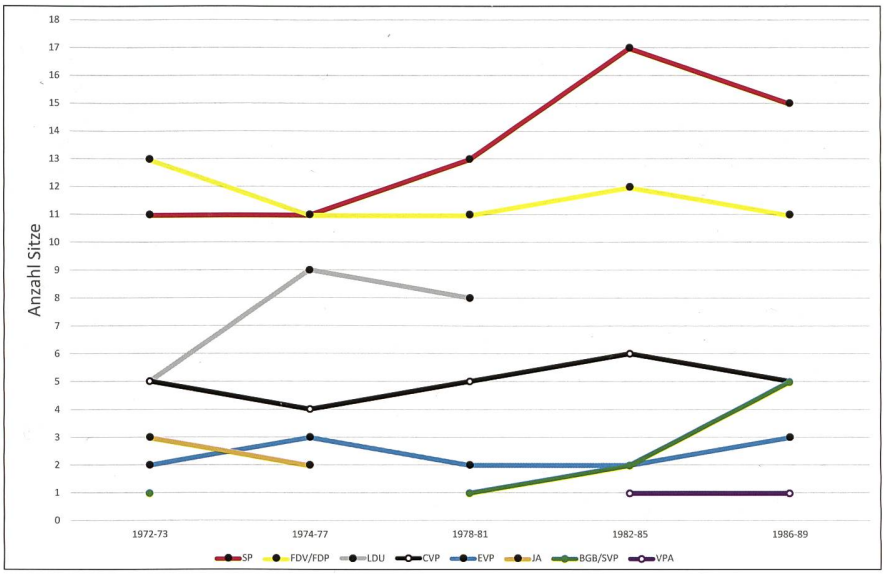
Nach 2 Jahren Vizepräsidium rückte der Vizepräsident zum Präsidenten auf. Deshalb sind in der folgenden Zusammenstellung nur die Präsidenten aufgeführt:

1972/73 Dr. Manfred Frey (FDP)
1974/75 Heinz Etter (SP)
1976/77 Richard Schneider (LDU)
1978/79 David Seifert (SP)
1980/81 Max Gehrig (FDP)
1982/83 Walter Kalberer (CVP)
1984/85 Ernst Käser (SP)
1986/87 Fritz Rudolf (FDP)
1988/89 Peter Wullschleger (SVP)
Herbert Kiefer (SP), Vizepräsident

Obwohl die SP, trotz grosser Bedenken in der Vernehmlassung von 1969, im Einwohnerrat immer mehr Vorteile als Nachteile sah, reichte sie am 12. Mai 1988 eine Initiative für die Abschaffung des Rates ein. Ein Grund war die mühsame Kandidatensuche, ein weiterer die geringe Wertschätzung des Einwohnerrates durch die Bevölkerung: Immer wieder wurden klare Einwohnerratsbeschlüsse mit auf Schlagwortkampagnen basierenden Referenden von der Bevölkerung bekämpft. Weshalb so viel Zeit und Energie für Aktenstudium, Fraktions- und Einwohnerratssitzungen aufwenden? Diese Empfindungen wurden von weiten Kreisen mitgetragen, sodass der Einwohnerrat nach der Urnenabstimmung vom 25. September 1988 mit 448 Nein zu 463 Ja bei einer Stimmbeteiligung von 27.4% relativ knapp Geschichte war. Am 5. Dezember 1989 läutete Ratspräsident Peter Wullschleger ein letztes Mal die Ratsglocke.

Aktuell haben im Kanton Aargau zehn Gemeinden einen Einwohnerrat. Neben Aarburg haben vier weitere Gemeinden den Einwohnerrat wieder abgeschafft und sind zur Gemeindeversammlung zurückgekehrt: Neuenhof (1966–1997), Oftringen (1974–1989), Spreitenbach (1974–1985) und Suhr (1974–1981). Versuche zur (Wieder-)Einführung scheiterten zuletzt 2014 in Rheinfelden und 2015 in Oftringen.

Quellenangaben:
- *Protokolle Einwohnerrat*
- *Rechenschaftsberichte Gemeinderat 1972–1989*
- *Archiv Zofinger Tagblatt*
- *Zusammenstellung über die Wahlen in den Einwohnerrat 1981 und 1985 von Hans-Ulrich Schär*



Die Sitzverteilung in den insgesamt viereinhalb Amtsperioden.

Janine Müller

Ich bin die Neue im Redaktionsteam. Tatsächlich bin ich die erste Frau in der Geschichte des Aarburger Neujahrsblatts. Das macht mich doch etwas stolz. Ich bin 1986 in Zofingen geboren. Die ersten Lebensjahre verbrachte ich in Rothrist, Strengelbach und danach in Aarburg, wo ich den Kindergarten und die Schule besuchte. Ja, ich durfte sogar noch die Bezirksschule in Aarburg erleben. Anschliessend wechselte ich an die Kantonsschule in Zofingen. Nach der Matura absolvierte ich am Spital Zofingen ein neunmonatiges Praktikum in der Pflege mit dem Ziel, Physiotherapeutin zu werden. Weil es nicht ganz so herauskam, wie ich wollte, studierte ich danach Medienwissenschaft und Ethnologie an der Universität Basel. Nach dem ersten Praktikum auf der Regionalsport-Redaktion bei der Aargauer Zeitung entschied ich mich für die Diplomausbildung Journalismus am Medienausbildungszentrum «maz» in Luzern. Den Stage absolvierte ich auf verschiedenen Redaktionen bei der Aargauer Zeitung. Nach mehr als sieben Jahren wechselte ich im Herbst 2020 zum Zofinger Tagblatt, wo ich Mitglied der Chefredaktion bin.